

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Etat '83 - zwischen Unsicherheit und Hektik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1982) : Etat '83 - zwischen Unsicherheit und Hektik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 4, pp. 154-155

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135663>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Etat '83 – zwischen Unsicherheit und Hektik

Nach der Operationshektik rund um die Aufstellung des Bundeshaushaltsplans 1982 sollte eigentlich die lange versprochene und dringend benötigte Ruhe an der Budgetfront eintreten. Im Vorfeld der Beratungen des Etats für 1983 breitet sich aber erneut eine Welle der Unsicherheit aus. Die Steigerungsrate der Ausgaben für 1982 mit 3,2 % sowie die anvisierte Nettokreditaufnahme von lediglich 26,8 Mrd. DM erscheinen angesichts der schwachen Wirtschaftsentwicklung und der damit verbundenen Etarisiken schon jetzt als recht gering kalkuliert. Und für 1983 zeigt allein die jüngste Steuerschätzung gegenüber den Annahmen der letzten mittelfristigen Finanzplanung des Bundes eine Mindereinnahme von 7,2 Mrd. DM. Man darf also davon ausgehen, daß 1983 statt der geplanten 25,8 Mrd. DM eine höhere Neuverschuldung notwendig wird. Ob man diese vermehrte Verschuldung nun relativ ruhig als konjunkturbedingt oder aufgeschreckt als strukturell klassifiziert, ändert nichts an den von ihr ausgehenden unerwünschten Zinseinflüssen und an der erneuten Verzögerung der Etat-Konsolidierung.

Auch die mit einer langen Vorlaufzeit konzipierte Initiative der Bundesregierung für Arbeit, Wachstum und Stabilität verbesserte keineswegs das Entscheidungsklima in der Wirtschaft, zumal sie sich inzwischen immer weniger als eine Gemeinschaftsinitiative – zwischen wem eigentlich? – herausstellt. Vielmehr löste dieses Programm und besonders sein bisheriges parlamentarisches Schicksal nur Unsicherheit und Hektik aus. Die jüngsten Diskussionen lassen jedoch erwarten, daß eine Einigung über die geplante Investitionszulage herbeigeführt werden könnte, obgleich die Beurteilung der erreichbaren Investitionsanreize eher zurückhaltend, oft sogar negativ ausfällt.

Dagegen wendet sich die Mehrheit des Bundesrates gegen die vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer wegen der daraus folgenden Kosten- und Preissteigerungen und der vermuteten negativen Wirkungen auf die Arbeitsplätze. Alle Vorschläge zur Abkoppelung dieser Finanzierungsdiskussion von der Investitionszulage und die Forderungen nach einer Einbettung der Finanzierungsprobleme in die Etatberatungen für 1983 weisen nur auf eine Selbstverständlichkeit hin: Wo anders als im Rahmen der Überlegungen zum Etat 1983 sollten die finanziellen Auswirkungen einer Gewährung der Investitionszulage behandelt werden?

Das zunächst raffiniert erscheinende Vorhaben, die aus der Mehrwertsteuer nach der Finanzierung des Investitionsprogramms verbleibenden zusätzlichen Einnahmen des Bundes und der Länder von jährlich über 8 Mrd. DM ab 1984 für Senkungen der Lohn- und Einkommensteuer zu verwenden, trägt die durch den ungewissen Erfolg dieser Initiative verursachte Orientierungsschwierigkeit noch in die Zukunft. Dabei zeichnet sich ein weiterer Streit über die Höhe und Struktur dieser Reform ab. Einmal soll das durch die Anhebung der Mehrwertsteuer erhöhte Gewicht der indirekten Steuern durch eine Senkung der Einkommensbesteuerung konsolidiert werden. Außerdem wird aber auch noch eine über die 8 Mrd. DM hinausgehende Senkung der Einkommensteuer diskutiert, die jene Steuermehreinnahmen vermeiden soll, die durch die lediglich nominalen Lohn- und Einkommenszuwächse infolge der Steuerprogression zustande kommen. Zumindest soll ein weiterer Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote vermieden werden. Realistischerweise läßt sich die Größenord-

nung einer solchen Steuersenkung gegenwärtig noch nicht fixieren. Um so dringender erscheint dagegen heute schon ein Grundsatzbeschluß über die Struktur einer solchen Steuerreform. Im politischen Raum lassen sich aber auch Stimmen hören, die angesichts der stets beschworenen Bemühungen um eine Konsolidierung der Öffentlichen Haushalte überhaupt keine Steuersenkungen zulassen, sondern die Mehreinnahmen aus einer möglichen Mehrwertsteuererhöhung später voll zur Verminderung der Nettokreditaufnahme einsetzen wollen.

Im Zusammenhang mit der Frage einer Änderung der Steuerstruktur zugunsten der indirekten Steuern ist auch darauf hinzuweisen, daß damit der kooperative Föderalismus einer weiteren Belastungsprobe ausgesetzt wird. Eine Verminderung der Einkommensteuern zugunsten der Mehrwertsteuer bedeutet nämlich eine Reform zu Lasten der Länder und Gemeinden. Der schon lange wegen fehlender eindeutiger Kriterien schwelende Streit um die Anteile an der Mehrwertsteuer wird dadurch noch weiter angeheizt; die Länder fordern denn auch schon seit langem eine Anhebung ihrer Quote, während der Bund auf seine vermehrten gesamtwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Belastungen hinweist.

Die Schwierigkeiten beim Ausgleich des Haushalts 1983 würden zwar geringer werden, wenn das wirtschaftliche Wachstum wieder beschleunigt werden könnte. Soweit die Entscheidungen der Unternehmungen und privaten Haushalte von den künftigen Tendenzen der Finanzpolitik abhängen, stehen allerdings zunächst keine ausreichenden Orientierungsmarken zur Verfügung. Die Gestaltung des Etats 1983 wird vermutlich ein ähnlich langwieriges Bemühen wie im vergangenen Jahr erfordern. Ob die steigende Verschuldung akzeptiert, die Steuerquote konstant gehalten oder ob doch Ausgabeplanungen zurückgenommen werden sollen, sind die schon klassischen Fragestellungen.

Nicht nur die letzten Verlautbarungen des Finanzplanungsrates, sondern auch die sonstige Diskussion weisen darauf hin, daß auch für 1983 und die folgenden Jahre aufgrund gesamtwirtschaftlicher und finanzpolitischer Überlegungen und wegen der zunehmenden Zinslast (allein im Jahr 1981 eine Steigerung gegenüber dem Vorjahre um 28 %) eine nachhaltige Eindämmung der Nettoverschuldung dringend erforderlich sei. Die Erfahrungen des Jahres 1981, die Aussichten für das laufende Jahr und die sich abzeichnenden Entwicklungen für 1983 lassen zunächst einmal nur diese Zielsetzung, aber kaum Wege zu ihrer Realisierung erkennen. Wenn jedoch gleichzeitig die Steuerquote annähernd konstant gehalten werden soll, müßten die Ausgaben schon merklich geringer als das Bruttosozialprodukt zunehmen.

Eine Verminderung des Wachstums der öffentlichen Ausgaben hat jedoch auch auf die konjunkturelle Situation Rücksicht zu nehmen, die eine gewisse Behutsamkeit erfordert. Die Planungen der Bundesinvestitionen zeigen ein Festhalten am bisherigen nominalen Niveau, was gleichbedeutend mit einem Absinken des realen Volumens ist. Hier wird es unter mittelfristigen Aspekten auf eine bedarfsgerechte Selektion ankommen. Bei den Personalausgaben wurde gerade im Verlaufe des letzten halben Jahres deutlich, daß fast alle Möglichkeiten, die dem Staat zur Beeinflussung einer Lohnrunde zur Verfügung stehen, weitgehend verspielt wurden. Was spricht eigentlich dagegen, bereits im Dezember die sich aus den Verpflichtungen des Staates ergebende Veränderung der Bezüge zumindest der Beamten festzulegen? Das wäre ein Signal für andere Berufsgruppen, und ein wesentlicher Posten des Budgets wäre fixiert. Bei den Subventionen kann angesichts der bisherigen Erfahrungen kaum mit einer durchgreifenden Reform gerechnet werden, zumal auch die Zieldiskussion ein praktikables Vorgehen bisher nicht gerade erleichtert.

Künftige Operationen werden sich wahrscheinlich auf das System der sozialen Sicherheit konzentrieren, das an die neuen Bedingungen der achtziger Jahre angepaßt werden muß. Wahrscheinlich ist aber die verbleibende Legislaturperiode zur Herbeiführung eines breiten Konsens zu kurz.

Wenn somit die Verschuldung in merklichem Ausmaß eingedämmt werden soll und bei den Ausgaben wohl nicht umgehend mit stark rückläufigen Wachstumsraten gerechnet werden kann, dann bleibt tatsächlich die Frage nach der künftigen Gestaltung von Höhe und Struktur aller öffentlichen Abgaben zu beantworten.